Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 40	S0259/06	19.12.2006

zum/zur

A0174/06

Bezeichnung

Öffnung von Schuleinzugsbezirken

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport
Jugendhilfeausschuss
Stadtrat

09.01.2007
16.01.2007
25.01.2007
15.02.2007

.Mit der am 17.12.2004 im Landtag verabschiedeten 9. Novellierung des Schulgesetzes wird den Schulträgern die Möglichkeit der Aufhebung von Schulbezirken in Gänze oder in Teilen, im Sinne einer Kann-Bestimmung, gegeben.

Seit In-Kraft-Setzung dieser Möglichkeit werden im Stadtrat Anträge zur Aufhebung oder Öffnung von Schulbezirken der Grundschulen und/oder Sekundarschulen gestellt.

In den Stellungnahmen S 0290/04 und S 0153/05 wurde eine Vielzahl an Argumenten für die Diskussion zusammengetragen, die das Für und Wider einer Öffnung aus Sicht der Verwaltung dargestellt haben.

An dieser Stelle sei an solche Schwerpunkte erinnert wie:

- Beschlusslage zur Entwicklung des Schulnetzes der allgemein bildenden Schulen, unter Beachtung der landesgesetzlichen Vorgaben;
- Umsetzung des IZBB-Programms;
- Klarheit zu den Schulstandorten des PPP-Modells;
- Auswahl- und Entscheidungskriterien der Eltern;
- Auswirkungen in der Schülerbeförderung;
- Festlegungen zur Kapazität und zum Aufnahmefähigkeit am jeweiligen Standort.

Unter Hinweis auf die oben dargestellten Prämissen wird die Verwaltung grundsätzlich einer perspektivischen Öffnung der Schulbezirke für Grundschulen und Sekundarschulen aufgeschlossen gegenüberstehen.

Bezüglich des Einführungszeitpunktes einer Öffnung schlägt die Verwaltung vor, diese Möglichkeit frühestens nach Abschluss der Schulsanierungen über das IZBB-Programm sowie nach Beendigung des 4 Pakete umfassenden PPP-Modells - nach jetzigem Kenntnisstand nicht vor Beginn des Schuljahres 2011/12 - einzuräumen.

Eingedenk der getroffenen bzw. noch zu treffenden Beschlüsse und den daraus resultierenden Zeitleisten muss bei einer Entscheidung für die Öffnung von Einzugsbereichen darauf hingewiesen werden, dass im Rahmen der Förderkriterien bzw. der Vertragslaufzeit im PPP-Modell eine langfristige Bestandsicherheit der sanierten Schulstandorte von bis zu 30 Jahren gegeben sein muss.

Ebenso ist zu beachten, dass für einen effizienten und kostengünstigen Bauablauf für die Dauer von voraussichtlich mindestens je 12 Monaten Auslagerungsobjekte aus schulorganisatorischen und finanziellen Aspekten genutzt werden müssen.

Inwieweit dann bei einer Öffnung der Schulbezirke ein Wettbewerb und damit eine zusätzliche Steigerung der Qualität der jeweiligen Schulstandorte indiziert wird oder als Indiz bzw. Entscheidungshilfe für eine „Schule freier Wahl“ ausschlaggebend ist, ist offen und gilt für Grundschulen und Sekundarschulen gleichermaßen. Weitergehende Informationsangebote über das jeweilige Schulprofil wirken hierzu sicherlich unterstützend.

In diesem Zusammenhang ist z. B. der bisher durch die Schulen durchgeführte „Tag der offenen Tür“ als Präsentations- und Informationsmöglichkeit zu schulischen Angeboten und Profilen zu erweitern. Die Verwaltung wird hierzu auch den Gedanken einer Schulmesse aufgreifen und an das Land herantragen.

Dr. Koch